



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rathaus

Martina Stackelbeck

Martin Tönnies

Dortmund, 29. März 2008

Wirtschaftsförderung: Strategie 2008 – 2018

Nach der bisher von der Wirtschaftsförderung vorgelegten ersten Diskussionsgrundlage soll sich die Stadt Dortmund im Jahr 2018 als **international anerkannter Technologie- und Wirtschaftsstandort** mit einem **Kreativen Milieu** und einer **hohen Lebens- und Arbeitsqualität** präsentieren.

Das WiFö-Papier sieht für die Jahre 2008 bis 2018 folgende zentralen Herausforderungen für die Wirtschaftsförderung Dortmund:

- Wettbewerb in nationalen und internationalen Märkten
- Wettbewerb um Technologien
- Wettbewerb um Menschen
- Wettbewerb der Standorte/Städte

Die GRÜNE-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund hat sich in mehreren Sitzungen mit notwendigen neuen Schwerpunkten bei der Wirtschaftsförderung intensiv beschäftigt. Dabei hat sie folgende Positionen entwickelt:

Kommunale Wirtschaftsförderung dient der Stärkung des Gemeinwohls und muss in diesem Sinne aktiv werden. Sie muss dazu beitragen, dass wirtschaftliche Entwicklung in Dortmund mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung des ökologischen Systems sowie sozialer Gerechtigkeit und Stabilität verknüpft wird.

Nachhaltige Wirtschaftsförderung zielt im Kern darauf ab, Energieeinsparung und erneuerbare Energien, höchste Materialeffizienz, geschlossene Stoffkreisläufe und intelligente Dienstleistungen am Wirtschaftsstandort Dortmund umzusetzen. Soziale Gerechtigkeit und Stabilität zeigen sich darin, dass allen Mitgliedern der Gesellschaft durch Teilhabe in der Arbeitswelt Zukunftschancen eröffnet werden. Eine klassische Technologie orientierte Förderung reicht hierfür nicht aus; Wirtschaftsförderung muss auch auf das Beschäftigungssystem ausgerichtet sein.

In einer kreativen Ökonomie verbinden sich Produktion und Dienstleistungen mit modernen Technologien, aber auch dem Wissen und den Ideen der Menschen. Innovationen sind ohne Menschen mit Kompetenzen nicht möglich. Gelingt es der Wirt-

schaftsförderung, die Fähigkeiten zur Integration technischer, ökologischer und sozialer Innovationen in Produkte, Prozesse, Wertschöpfungsketten und Kundenbeziehungen in der Kommune zu fördern, entsteht ein Innovationsmilieu zum Wohle von Unternehmen, Beschäftigten und den hier lebenden Menschen.

Ohne Zweifel kann festgestellt werden, dass der Wandel in Dortmund vom ehemaligen Montanstandort zu einem Standort mit wirtschaftlich neuer Ausrichtung insbesondere auf Logistik, Informationstechnologie (IT) und Mikrosystemtechnologie (MST) strukturell weitgehend gelungen ist. Allerdings ist das Problem der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit bislang nicht gelöst. Ebenfalls zur Kenntnis genommen werden muss, dass dieser Wandel mit einem erheblichen finanziellen Aufwand seitens der EU, des Landes NRW und der Stadt verbunden war. Dies wird für die Zukunft nicht fortgeschrieben werden können - zumindest nicht im Umfang der letzten zehn Jahre. Denn zum einen konkurriert das Ruhrgebiet bei der Vergabe der europäischen Fördermittel zukünftig mit dem gesamten Land. Zum anderen wird auch der Wechsel der Landesregierung auf Dauer nicht ohne Auswirkungen sowohl für das gesamte Ruhrgebiet als auch in der Folge für Dortmund bleiben. Umso wichtiger ist es, die endogenen Kräfte der Stadt zu nutzen - ihre eigenen Stärken effektiv einzusetzen und verborgene Potenziale auszuschöpfen.

Vor diesem Hintergrund hat die Schul- und Bildungspolitik für die Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandortes Dortmund eine zentrale Bedeutung. Individuell bildet eine gute Schulbildung eine starke Basis für den Übergang von Schule zu Beruf. In Dortmund muss auch angesichts des Demografischen Wandels jede Schülerin und jeder Schüler mit seinen individuellen Stärken und Kompetenzen gefördert und dem Erwerbssystem zugeführt werden. Die Wirtschaftsförderung der Stadt kann diese Prozesse fördern, indem sie ihre Aktivitäten darauf ausrichtet, Unternehmen für eine Erweiterung des Ausbildungsplatzangebotes in Dortmund zu motivieren und sie bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die berufliche Ausbildung zu unterstützen.

Wegen der Reformen zur Arbeitsmarktpolitik auf der Bundesebene wurde auch in Dortmund die Aufgabe der kommunalen Beschäftigungsförderung der Arbeitsgemeinschaft aus Arbeitsagentur und Stadt übertragen. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Beschäftigungsförderung noch ein Betätigungsfeld der Wirtschaftsförderung. Auch wenn die Wirtschaftsförderung nicht mehr zuständig ist, muss sie die ihr vorliegenden Detailkenntnisse und Kontakte zu den örtlichen Unternehmen und Handwerksbetrieben dazu nutzen, die vorhandenen Beschäftigungspotenziale zu stärken. Insbesondere für schwierige Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik kann sie aktiv werden, indem sie in Betrieben für eine Teilhabe an einschlägigen Förderangeboten und Programmen wirbt. Die Instrumente zur Schaffung von Zugängen in den Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte müssen konsequent genutzt werden und diese Gruppen mittel- bis langfristig neuen Erwerbsperspektiven zugeführt werden.

Menschen und Unternehmen am Standort Dortmund halten: Frühzeitig bei wirtschaftlichen Problemen und Verlagerungsabsichten handeln

Mit der Technischen Universität Dortmund und dem Technologiepark verfügt die Stadt über gute Voraussetzungen, den Strukturwandel weiter voran zu treiben. Anstatt auf den „großen Investor von außen“ zu warten, sollten intensive Anstrengungen unternommen werden, die Abgängerinnen und Abgänger der Hochschulen in Dortmund dazu zu bewegen, ihre berufliche in Entwicklung in Dortmund zu starten und

fortzusetzen. Entweder als Beschäftigte in den vorhandenen Unternehmen in der Region oder als Gründer neuer Unternehmen. Menschen, die den Standort Dortmund entweder als Geburtsstadt oder eben aus Ausbildungsgründen kennen, sind viel leichter hier zu halten als andere von außen einzuwerben oder überhaupt von dem Standort zu überzeugen.

Der Wirtschaftsstandort Dortmund als Teil des Ruhrgebiets kann nicht losgelöst von den Nachbarstädten betrachtet werden. Zumindest bei mittleren und größeren Standortschließungen ist nicht nur der kommunale, sondern immer auch der regionale Arbeitsmarkt betroffen. Dies gilt auch im Umkehrschluss. Eine Unternehmensansiedlung in einer Stadt wird immer dem regionalen Arbeitsmarkt nützen. Mit abnehmender Kapitalintensivität der Unternehmen, insbesondere im Bereich der Dienstleistungswirtschaft, sind Betriebsverlagerungen leichter möglich. Das bestehende Angebot an Gewerbeflächen und Büroimmobilien in der Region ist vielfältig und kommt damit den Interessen der Unternehmen entgegen. Auch wenn jeder Weggang eines Unternehmens für den Wirtschaftsstandort Dortmund ein Verlust ist, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, Unternehmen mit Verlagerungsabsichten zumindest in dieser Arbeitsmarkregion zu halten. In diesem Sinne wird ausdrücklich begrüßt, wenn die Wirtschaftsförderung Unternehmen dazu motivieren kann, wenn schon nicht in Dortmund, dann doch zumindest in der Region zu bleiben, anstatt in andere Bundesländer abzuwandern.

Dringend entgegen zu wirken ist der „öffentlichen Meinung“, dass der Wirtschaftsstandort und Arbeitsmarkt Dortmund von der Region abgekoppelt sei. Die Standortkonkurrenzen innerhalb der Region müssen abgebaut und gemeinsam der Standortwettbewerb mit Wirtschaftsmetropolen wie München, Stuttgart, Frankfurt, Hannover, Berlin und Hamburg aufgenommen werden. Dortmund und das Ruhrgebiet brauchen sich hierbei nicht zu verstecken.

Dortmund ist auf das Umland angewiesen: Verlässlicher Partner von interkommunaler Kooperation

Mit der Gründung der Wirtschaftsförderung metropole ruhr GmbH (wmr) als 100%iger Tochter des Regionalverband Ruhr (RVR) wird dem Erfordernis nach einem städteübergreifenden Handeln der Wirtschaftsförderung gerecht. Durch eine abgestimmte Wirtschaftsförderung kann die Metropole Ruhr an Attraktivität gewinnen. Stadtgrenzen werden in dem dicht besiedelten Raum für die Unternehmen wie auch für die Beschäftigten zunehmend unwichtiger. Das Beispiel eines Unternehmens, das den Betriebssitz von Schwerte nach Dortmund verlagert hat, macht deutlich, dass innerhalb der Region die „Adressbildung“ zumindest für die technologieorientierten Wirtschaftszweige eine größere Bedeutung erlangt hat.

Während sechs Städte des Kern-Ruhrgebietes demnächst einen gemeinsamen Flächennutzungsplan verabschieden, gelingt es im östlichen Ruhrgebiet noch nicht einmal, ein interkommunales Gewerbegebiet (politisch) auf den Weg zu bringen. Mit den angrenzenden Nachbarstädten und -kreisen ist hierzu in Anlehnung an das „Regionale Einzelhandelskonzept“ ein „Regionales Gewerbe- und Industrieflächenkonzept“ zu erarbeiten. Hierzu gehört auch eine Ermittlung von „Wärmeinseln“, damit Unternehmen mit einer hohen Energienachfrage aus Gründen der Energieeffizienz im Umfeld von Wärmeproduzenten ein Standort angeboten werden kann.

Gewerbeflächen:

Brachflächen reaktivieren und Freiflächen schützen

Eine Ausweitung von Gewerbeflächen ist nicht erforderlich und wird für den genannten Planungszeitraum nicht angestrebt.

Das östliche Ruhrgebiet verfügt über ein immenses Potenzial an Brachflächen, die einer Reaktivierung zugeführt werden könnten. Arbeitsplätze in der industriellen Produktion scheitern nicht an Flächenengpässen – die Nachfrage des produzierenden Gewerbes muss nur auf die richtigen Standorte gelenkt werden. Gleiches gilt für Interessensbekundungen anderer Unternehmen, die in der Region von außen, aber auch von innen einen neuen Standort suchen.

Für „großflächige“ An- und Umsiedlungsvorhaben müssen interkommunale Gewerbeflächen ausgewiesen werden (Beispiel Gneisenau). Die Aufteilung des Aufkommens aus der Gewerbesteuer und die Verteilung der Vorlauf- und Erschließungskosten werden dabei vertraglich vereinbart. Hierzu gibt es bereits eine Vielzahl Praxisbeispiele aus anderen Ruhrgebietskommunen.

Klein- und mittelständisches Handwerk fördern:

Dortmunder Programm zur Gebäudesanierung

Demografischer Wandel und barrierefreier Umbau der Wohnungsbestände sowie Klimawandel und energetische Sanierung der Gebäude sind in dieser Kombination ein Konjunkturprogramm für die Bauwirtschaft und hierbei insbesondere für die kleinen und mittleren Handwerksbetriebe. Damit können endogene Kräfte weiter entwickelt und die regionale Wertschöpfungskette gestärkt werden, denn klein- und mittelständische Handwerksbetriebe sind weniger international, als vielmehr regional ausgerichtet. Erfahrungen zeigen, dass umfassende Informationen über die unterschiedlichen Förderprogramme insbesondere für die privaten Gebäudeeigentümer fehlen. Diese Informationslücke könnte z. B. das Dienstleistungszentrum schließen, dadurch Nachfrage generieren – eine mittelbare Form der Wirtschaftsförderung. Mit den Handwerkskammern sollte dabei eine strategische Allianz eingegangen werden. Zudem könnte mit der Sparkasse Dortmund überlegt werden, die Zinskonditionen der öffentlichen Programme (KfW etc.) im Sinne eines Anreizsystems noch einmal zu verbessern.

Dortmund als Stadt der fairen Beschäftigung:

Bündnis für Gute Arbeit

In der aktuellen Aufschwung- und Wachstumsphase ist das Beschäftigungssystem brüchiger und fragiler geworden. Dies ist in Dortmund daran erkennbar, dass 90 % der Neueinstellungen befristet sind und 60 % als Leiharbeitsverhältnisse abgeschlossen werden. Zudem hat die Zahl der Mini-Jobs in Dortmund innerhalb von drei Jahren um 36,3 Prozent zugenommen. Dies ist eine der zentralen Erkenntnisse der Studie "Zukunft der Arbeit" der Sozialforschungsstelle im Auftrag der Wirtschaftsförderung. Die Zunahme der Teilzeitstellen in Dortmund ist demnach doppelt so stark angestiegen wie im Landesdurchschnitt.

Dortmund soll ein Bündnis für Gute Arbeit schaffen und sich damit als Stadt der fairen Beschäftigung profilieren. Die Wirtschaftsförderung muss ein Netzwerk initiieren

und managen, um zentrale Akteure der Wirtschaft (IHK, Kammern, Gewerkschaften, Forschungsinstitute etc.) zusammenzuführen, damit das Thema in Dortmund Kampagnenfähig wird.

Dortmund als Stadt der fairen Beschäftigung soll als Signalwirkung auch beim Einwerben von Unternehmen genutzt werden. Es soll fundiert geprüft werden, ob bei der Vergabe von Grundstücken oder bei der Erhebung der Gewerbesteuer für Unternehmen die sich dem Bündnis für Gute Arbeit anschließen und entsprechende Verpflichtungen eingehen, Vorteile eingeräumt werden können.

Für die stadteigenen Unternehmen und Konzerne sind Standards fairer Beschäftigung zu entwickeln. Dies gilt auch für Entscheidungen aus der Vergangenheit wie z. B. für die Gründung der Flughafen Handling GmbH. Gleiches gilt für die Vergabepraxis der Stadt als Auftraggeber. Beim Wirtschaftsförderungspreis der Stadt sollen diese Standards Entscheidungskriterium werden.

In diesem Zusammenhang soll die Wirtschaftsförderung auch den im Dezember 2007 neu eingeführten Betriebsauftrag für die Schaffung einer Familien bewussten Arbeitswelt ausarbeiten und mit Inhalten sowie Projekten füllen.

Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in Dortmunder Unternehmen ist immer noch erschreckend niedrig. Es ist bedauerlich, dass sich das Land aus der Finanzierung des Projektes Frau und Wirtschaft und damit dieser wichtigen Arbeit zurückgezogen hat. Die aufgebauten und bestehenden Netzwerke der Regionalstelle sollen durch die Wirtschaftsförderung weiter gemanagt werden.

Dortmunder Potenziale nutzen - Qualifizierungsoffensive

Viele Unternehmen beklagen jetzt schon einen Fachkräftemangel bei der Besetzung von Arbeitsplätzen. Es ist müßig über die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft in der Vergangenheit zu spekulieren. Auch hier gilt: Es gibt vorbildliche Unternehmen, die sich in schwierigen Zeiten hierbei besonders engagiert haben und es gibt „schwarze Schafe“.

Dem Fachkräftemangel – z. B. in einigen hoch spezialisierten Arbeitsfeldern von Ingenieren - kann durch gezielte Anpassungsqualifizierungen für arbeitslose Ingenieure (darunter auch oft ältere) entgegengewirkt werden. Zudem gibt es in Dortmund viele Menschen, die eine Ausbildung abgeschlossen haben, die in Deutschland nicht anerkannt wird. Deshalb sollte die Wirtschaftsförderung gemeinsam mit der Agentur für Arbeit ein Programm entwickeln, wie die im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen gezielt nutzbar gemacht werden können.

Seit dem Jahr 2007 existieren auch in Dortmund Angebote durch die ARGE, mit denen Schülerinnen und Schülern Schulabschlüsse als 1-€-Job nachholen können. Unter dem Stichwort „Zusatzjobs und Bildung“ wurde dieser Ansatz aus anderen Modellstädten erfreulich schnell übertragen. Dies ist auszubauen mit dem Ziel, in jedem Stadtbezirk solche Projekte in einer Kooperation von Wirtschaftsförderung, der Volkshochschule und der ARGE anzubieten.

Die Frage, wie bisher ungenutzte Potenziale von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum Wohle der individuell Betroffenen und zur Stärkung der Wirtschaft in Dortmund entwickelt und genutzt werden können, sollte ein Themenschwerpunkt der Wirtschaftsförderung werden. Hierbei gilt es, Unternehmen zum Bereitstellen weiterer

Ausbildungsplätze zu motivieren und ihre Bereitschaft zur Ausbildung dieser Zielgruppe zu verstärken. Unternehmer/innen aus den sogenannten Sozialräumen selbst stellen ihrerseits ein bislang noch nicht ausgeschöpftes Potenzial an Ausbildungsbetrieben dar, dessen Erschließung die Wirtschaftsförderung gemeinsam mit den Kammern vorantreiben sollte. Zudem muss ein System von Anreizen entwickelt werden, das Unternehmer/innen dazu motiviert, dem künftigen Fachkräftemangel durch das Bereitstellen von hochwertigen Ausbildungsplätzen entgegenzuwirken.

Hierzu müssen die Möglichkeiten von Wirtschaftsförderung und Stadt z. B. zur Differenzierung von Gewerbesteuerhebesätzen oder in der Vergabep Praxis überprüft werden.

Das Kinder- und Jugend-Technologiezentrum (KitzDo) ist als Einrichtung zur Förderung von technischen Interessen bei Kindern ein guter Anfang, auch wenn seine bislang sehr begrenzte Reichweite auf eine relativ geringe Anzahl an Kindern beachtet werden muss. Damit die Potenziale beider Geschlechter genutzt werden, sollten hier Schwerpunktaktivitäten speziell für Mädchen durchgeführt werden.

Demgegenüber sollte für Jungen das Projekt „Neue Wege für Jungs“ genutzt werden, das seit dem Jahr 2005 mit Unterstützung durch das Bundesfamilienministerium läuft. Hintergrund ist, dass sich Jungen häufig für „typisch männliche“ Berufsfelder entscheiden. Traditionell männerdominierte Berufe in Produktion und Baugewerbe verlieren aber beim Wandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft immer mehr an Bedeutung. Jungen brauchen gezielte Informationen und Angebote, um das breite Spektrum möglicher Berufe kennen zu lernen. Hierzu sollte das Aufgabenspektrum von Frau.Innovation.Wirtschaft erweitert und ein entsprechendes Projekt beantragen werden.

Ökologische Ökonomie: Öko-Lebensstil mit Effizienzdebatte verknüpfen

Die Wirtschaftsförderung sollte die vielfältigen Ansätze zur ökologischen Stadtentwicklung positiv begleiten und durch gezielt darauf ausgerichtete Marketingstrategien für ein günstiges Innovationsmilieu sorgen. Aus dem Label „Hauptstadt des Fairen Handels“ wird im Hinblick auf die Stärkung der wirtschaftlichen Potenziale zu wenig gemacht.

Bio- und Umwelttechnologien sind derzeit die Wachstumsbranchen. Dies betrifft sowohl den Einzelhandel wie auch die „klassische Produktion“ für den gesamten Bereich der erneuerbaren Energien. Für ein ökologisches Dortmund ist ein Markenzeichen zu entwickeln.

Einbezogen und vernetzt werden sollten Handwerk, Lebensmittelhandel, Fair-Trade-Anbieter und Wellnessbranche. Aber auch traditionell geprägte Unternehmen, die umwelttechnologische Produkte herstellen, sind in ein innovatives Netzwerk einzubeziehen.

Ergänzend muss die Wirtschaftsförderung eine Adressdatei von spezialisierten Beratungsunternehmen aufbauen. Für die Unternehmen in Dortmund müssen Effizienztechnologien und das notwendige Spezialwissen nutzbar gemacht werden. Hierbei kann auf die mehrjährigen Erfahrungen aus dem Landesprogramm zum Ökoprotit aufgebaut werden. Ein aktives Zugehen auf mittelständige Unternehmen ist notwendig und zu unterstützen.

Für die Dortmunder City wäre ein „Öko-Cluster“ eine echte Bereicherung und Ergänzung. Weit über die Stadtgrenzen hinaus soll damit das stark wachsende und das wirtschaftlich hoch attraktive Konsumentensegment der LOHAS (Lifestyle of Health and Sustainability) gezielt angesprochen werden und die Stellung der City als Oberzentrum gestärkt werden.

Kreative ökonomische Potenziale fördern Nordstadt 2.0

Auch in Dortmund existiert eine kreative Szene, die sich durch etablierte Angebote, wie sie z. B. im Rahmen der Entwicklung des U geplant sind, nicht angesprochen fühlt. Gleichzeitig herrscht in dieser Szene eine innovative Atmosphäre und Kraft und somit auch ökonomisches Potenzial wie in kaum einem anderen Bereich. Eine Schlüsseltechnologie ist dabei das Internet – das Web 2.0.

Die Wirtschaftsförderung Dortmund sollte diese Szene unterstützen, um ihr eine schnelle Umsetzung kreativer Gedanken in Geschäftsideen zu erleichtern. Eine mögliche Form der Unterstützung ist das Bereitstellen von Infrastruktur – z. B. von „Low-Cost-Offices“ im Hafenviertel. Zudem könnte dort mit Hilfe der Initiative „Hot-Spot-Ruhr“ in enger Kooperation mit örtlichen IT-Unternehmen ein frei zugängliches Hot-Spot-Netz aufgebaut werden.

Hierzu passen die derzeitigen Überlegungen, die Kneipen- und Disko-Szene von der Thier-Brache in das Hafenviertel zu verlagern.

Stärkung der lokalen Ökonomie: Unternehmen mit Migrationshintergrund

Die bisherigen Aktivitäten zur Stärkung der Lokalen Ökonomie, die mit dem Urban-Programm aus europäischen Fördermitteln bezuschusst wurden, müssen fortgeführt werden. Rund ein Drittel der ca. 3.500 Unternehmen in der Nordstadt gehen auf Gründerinnen und Gründer mit Migrationshintergrund zurück und stellen damit einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor in dieser Stadt dar.

Der Instrumentenkoffer der Wirtschaftsförderung muss auf die spezifischen Bedürfnisse bei dieser Unternehmergruppe ausgerichtet werden. Die Erhebungen und Datengrundlagen müssen zukünftig differenziert werden, um diese „Black-Box“ zu schließen. Es sollte ein „Migrationsbeauftragter“ bei der Wirtschaftsförderung eingerichtet werden. Darüber hinaus muss sich das Dienstleistungszentrum Wirtschaft mit Fachkräften ausstatten, die solche Unternehmen auch in der Muttersprache beraten können. Sprachbarrieren zur Verwaltung sind abzubauen.

Diese Aufgabe muss in einer engen Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer und den Handwerkskammern erfolgen. Mit einer entsprechenden fachlichen Beratung und Begleitung können hier sicher auch noch eine Vielzahl von zusätzlichen Ausbildungsplätzen geschaffen werden.

Regelmäßige Anpassung der strategischen Ziele und der operativen Umsetzung

Ein Planungshorizont von zehn Jahren kann heute nicht komplett operativ gestaltet und mit Projekten gefüllt werden. Damit würde sich die Wirtschaftsförderung selbst

zu sehr einschränken: Sie könnte auf neuere Entwicklungen nicht mehr flexibel reagieren. Deshalb ist es notwendig, die allgemeinen strategischen Aktionsfelder der Wirtschaftsförderung in regelmäßigen Abständen operativ zu überplanen und mit konkreten Projekten zu füllen. Dabei sollten auch die strategischen Ziele hinterfragt und ggf. angepasst werden.

In diesen Prozess wird sich die GRÜNE-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund auch zukünftig mit kreativen Ideen für Aktivitäten und Projekte einbringen.